

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Berlin und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Außenpolitik im Landtag.

Deutschnationale Attacken. — „Simulose Zumutungen“ erklärt der Sprecher der Volkspartei.

Der Landtag setzte heute die zweite Beratung des Haushalts des Innenministeriums fort.

Abg. Bachem (Dnat.) bittet das Staatsministerium um Auskunft, ob tatsächlich zu der Anwesenheit Hindenburgs im Rheinland Zehntausende von Reichsbannerleuten aus allen Teilen des Reiches erscheinen würden. (1) (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das geht Sie doch nichts an!) Das würde sehr wohl die Deutschnationalen interessieren, besonders, wenn es zuträfe, daß für die Reichsbannertransporte öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Für die Politik des Reichsbanners hätten sich mehrfach Organe der Befehlungsbehörden eingesetzt. So hätten beim Empfang Marx im besetzten Gebiete französische Offiziere für das Reichsbanner gesprochen. (Lebhafte Zurufe links: Das ist ja Schwindel!) Der Reichspräsident von Hindenburg sei auch von einem führenden Organ des Reichsbanners, von dem Zentrumskomitee in Kreuznach, bei seinem Amtsantritt wenig freundlich begrüßt worden. Man habe ihm gesagt, er sei körperlich und geistig unfähig zur Bekleidung des Reichspräsidentenamtes. (Lebhafte Zurufe links: Das hat Hindenburg selbst gesagt!) Das besetzte Gebiet verdanke dem Reichsbanner nichts. (Sehr wahr! rechts, Gelächter links.) Es verbande vor allem auch vieles den vaterländischen Organisationen, die die größten Opfer dieses Kampfes gebracht haben. (Lebhafte Zurufe bei den Kommunisten: So seht Ihr aus, 700 Millionen habt Ihr geklaut.)

Abg. Jacoby-Kauff (S.) wendet sich erregt gegen die Angriffe des Abg. Bachem auf die Kreise des Zentrums, die dem Reichsbanner nahestehen.

Das Zentrum müsse sich entschieden verhalten, daß es immer von Seiten der Deutschnationalen in verdorbenster, intrigantester Weise als undeutsch hingestellt werde. Es lehne eine solche hinterhältige Taktik auf das entschiedenste ab.

Damit schließt die allgemeine Debatte. Die angefochtenen Etatartikel werden später zur Abstimmung gelangen.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Staatsministeriums und des Innenministeriums.

Berichterstatter Abg. Vief (Komm.) verweist darauf, daß der Etat des Staatsministeriums einen Zuschuß von über einer Million erfordert. Der Hauptausschuß habe Einsparungen von 50 800 M. durch Wristriche vorgenommen, durch die auch der Posten eines Ministerialdirektors für den Reichsrat gestrichen wird. Der Hauptausschuß fordert in einigen Anträgen Zustimmung über die ergriffenen Maßnahmen zur Bänderung bzw. Zusammenziehung der Rottlage der Reichheit der Bevölkerung, insbesondere zur Ueberwindung der Erwerbslosigkeit und erucht, unilichst bald eine Verteilung Preußens in den Hanfschäden mit dem Sitz in Hamburg einzurichten. Die Eingabe der Bereinigten Schleswiger Bürgervereine um ein Zurückverlegen des Oberpräsidiums von Riel nach Schleswig soll dem Staatsministerium zur Erwägung überwiesen werden.

Die Besprechung, mit der u. a. die Beratung einer deutschnationalen Großen Anfrage über die Rückwirkungen des Locarno-Vertrages und die eines demokratischen Antrages über die Herabsetzung der Stärke der Besatzungstruppen verbunden ist, eröffnet.

Abg. Leid (Soz.)

der darauf hinweist, daß die Länder an einer guten Außenpolitik des Reiches stark interessiert sind. Auch in Preußen müssen wir eine Reichspolitik unterstützen, die die Ausnahme Deutschlands in den Völkerbund will. Die Aufnahme ist noch nicht vollzogen. Das bedeutet: keinen Zusammenbruch der bisherigen Politik, wie die Rechte und die Kommunisten meinen. Der Gedanke ist gesund und muß weiter gefördert werden. Der Völkerbund, wie er jetzt ist, ist auch nicht unser Ideal. (Zurufe bei den Kommunisten.) Wir wünschen keine Gewaltpolitik, keine Kriegspolitik nach innen oder außen. Die Konsequenzen der Gewaltpolitik haben wir gesehen. Wir als Vertreter der Arbeiter wollen eine Politik der Verständigung und haben deshalb auch die Cuno-Politik abgelehnt, die zu Repressalien geführt hat. Wir müssen zu vernünftigen Handelsverträgen mit anderen Ländern kommen. Es wäre ein Verbrechen am deutschen Volke, die zusammengebrachte Gewaltpolitik wieder aufleben zu lassen. Deshalb wenden wir uns auch gegen die monarchistischen Verbände, die Träger dieser Gewaltpolitik. Der Innenminister muß sie bekämpfen. Daher auch die starken Angriffe gegen ihn! Deshalb aber auch die Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei!

Der monarchistische Gedanke ist nicht mehr diskreditiert worden als von den Fürsten selbst, besonders von den Hohenzollern. Der frühere Träger der Krone hat seinem Volke nicht die Treue gehalten. (Unruhe und Zurufe rechts.)

Zu einer großen Gefahr hat sich auch unsere Rechtsprechung entwickelt, die mehr und mehr unter dem Prinzip der Unabsehbarkeit der Richter zu einer Klassenjustiz geworden ist. Der Redner begrüßt alle Bestrebungen, die der Förderung des Gedankens der deutschen Einheitsrepublik dienen.

Abg. Winkler (Dnat.) erklärt, er hätte gern gesehen, daß der Reichstag den Vortritt gehabt hätte, um zu dem Ergebenis von Genf Stellung zu nehmen. Der Reichstag hat anders entschieden.

Zu seinen weiteren Ausführungen gibt Winkler für seine Fraktion eine Erklärung ab, die als besondere Form des Misstrauensantrages für die preussische Regierung bezeichnet und mit der Außenpolitik der Reichsregierung begründet wird! Die preussische Regierung veräume es, ihren Einfluß bei der Reichsregierung dahin einzusetzen, das Annahmegericht zurückzuführen. Unter dem lebhaften Beifall seiner Fraktion führte der Redner weiter aus: Die Minister, die die Opposition in ihrer Heimat scheuen, treffen ein Sicherheitsabkommen, um ihrem Parlament gegenüber das Gesicht wahren zu können. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.) Wir aber erheben den schweren Vorwurf gegen unsere Vertreter gerade wegen dieses Abkommens. Scheinen sie doch offenbar wieder eigenmächtige Bindungen eingegangen zu sein, nachdem sie durch das eigenmächtige Eingehen auf die Verhandlungen hinter dem

Rücken ihrer Ministerkollegen durch die Zustimmung zum Locarnovertrag das ganze Unheil heraufbeschworen haben. Und der Erfolg! Rußland abgetrieben, Italien unser Feind, Spanien verstimmt, die Beziehungen zu Südamerika gefährdet, wir aber hineingezogen in das Widerpiel zwischen England und Frankreich, die bisher schon auf Kosten Deutschlands jedesmal von Fall zu Fall sich verständigt haben und in Zukunft das erst recht tun werden. Polen aber — ich erinnere daran, daß wir freie Hand bekommen sollten! — Polen heute zu neuen Ansprüchen aufgestachelt und neugesichert in diesen Grenzen. Wir haben das Werk von Locarno verurteilt, als es fertig war. (Lachen links. — Zuruf bei den Deutschnationalen: Bisher wurde es ja geheim gehalten!) Wir haben die schwersten Befürchtungen an die Locarnopolitik geknüpft. Aber die ausschweifendste Phantasie hätte nicht ein Bild eines solchen Zusammenbruchs sich ausmalen können, wie wir es jetzt vor Augen haben. In einem Kattenkönig von Intrigen würden wir neu verstrickt werden, wenn wir in dem Völkerbund Aufnahme erhielten, in diesem Völkerbund, der eine verbrecherische Verschwörung gegen die Freiheit der Nationen darstellt. Ich hoffe, daß der preussische Ministerpräsident durch seine Erklärung dieses unter Misstrauen bestätigten und rechtfertigten wird. (Stürmischer Beifall bei den Deutschnationalen. — Unruhe und Gegenandruckungen links und in der Mitte.)

Abg. Grebe (Zr.) erinnert an die Ausführungen der „Bayerischen Staatszeitung“ über die Genfer Vorgänge, die von der bayerischen Regierung zurückgewiesen worden sind. Er knüpft daran den Hinweis, daß Führer der Deutschnationalen im preussischen Landtag nicht im Interesse der deutschen Einheitsfront nach außen gesprochen haben. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.)

Abg. Dr. Leidig (D. Vp.) weist die hemmungslose Opposition der Deutschnationalen gegen die Außenpolitik der Reichsregierung scharf zurück.

Wir fördern nicht Deutschlands Interessen, wenn wir dem Ausland zeigen, daß die einzelnen Länder in der Außenpolitik nicht eine geschlossene Front bilden.

Dr. Winkler ist den Schwierigkeiten der deutschen Außenpolitik nicht gerecht geworden. Es ist im Augenblick umhüllich, bereits ein Urteil über die deutsche Politik in Genf abzugeben; es muß zunächst Klärung von berisener Stelle abgewartet werden, diese Klärung wird am Montag erfolgen. Die scharfe Kritik der Deutschnationalen ist kaum zu verstehen, wenn man sich daran erinnert, daß ohne die Fortführung der Locarno-Politik die Lage der deutschen Landvolkschaft sich katastrophal gestalten muß.

Die Locarno-Politik ist fast bereits seit einem Jahre die Grundlage für unsere wirtschaftliche Existenz; das sollten auch die Kreise der Landwirtschaft, die bei den Deutschnationalen sehr stark vertreten sind, nicht vergessen. Schließlich haben wir zurzeit bereits zwei Millionen Arbeitslose, und nun herantommen und eine Politik zu empfehlen, die noch weitere zwei Millionen Arbeitslose schafft, das ist eine Verantwortungslosigkeit, die jedes Maß übersteigt.

Uns zugunsten, dem preussischen Ministerpräsidenten wegen der Außenpolitik unseres Parteiensundes Stresemann ein Misstrauensvotum zu erteilen, ist eine sinnlose Zumutung. (Beifall in der Mitte. Heiterkeit links.)

Der preussische Ministerpräsident wird, wie wir hören, erst am Dienstag in die Aussprache über den Etat eingreifen. Die Aussprache im Landtag dauert fort.

Die Oppositionsparteien beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler und der Reichsaußenminister empfangen heute vormittag die Führer der großen Oppositionsparteien, und zwar für die Deutschnationalen den Grafen Westarp und für die Sozialdemokraten Hermann Müller und Wels. Später wird der Reichskanzler auch den Abgeordneten Drewitz für die Wirtschaftliche Vereinigung empfangen. Entgegen der Meldung eines Berliner Mittagsblattes hat sich der Reichsrat mit den Vorgängen in Genf überhaupt nicht beschäftigt. Eine Stellungnahme des Reichsrats ist auch nicht vorgesehen.

Ein badisches Lehrerbildungsgesetz.

Karlsruhe, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Der badische Landtag beriet am Freitag das neue Lehrerbildungsgesetz, das von dem sozialdemokratischen Kultusminister Kemme eingebracht worden war. Es lehnt zwar die Hochschulbildung für die zukünftigen Lehrer ab, sieht aber die Zulassung zur Lehrerbildungsanstalt mit dem Reifezeugnis einer höheren Schule (Bollanstalt) oder nach Primareife einer höheren Schule nach dem Besuch eines Vorkurses und der Schulprüfung vor. Der Unterricht an den neuen Lehrerbildungsanstalten ist unentgeltlich. Für Kost und Verpflegung der Studierenden werden Heime errichtet. Es handelt sich um den praktischen Versuch, auch die Kinder minderbemittelter Volksschichten zum Lehrerberuf heranzuziehen.

Von den Demokraten und der Deutschen Volkspartei wird gegen das Gesetz eine heftige Opposition geführt. Da aber Zentrum und Sozialdemokraten mit ihren 44 Stimmen von 72 Stimm des badischen Landtages dafür eintreten, ist die Annahme gesichert.

Der Tod Schulzes.

Die Korrespondenz BS. meldet, daß die gerichtsarztliche Obduktion der Leiche Schulzes erst am Montag vorgenommen wird. Wenn die Korrespondenz hinzusetzt, daß Schulze in den etwa 16 Tagen seines Gefängnisaufenthalts 20 bis 30 Pfund abgenommen habe und daß die ärztliche Behandlung ähnlich wie im Fall Höfle verlobt habe, so läßt sich das zunächst nicht nachprüfen. Man wird aber erwarten dürfen, daß die kriminelle Untersuchung volle Aufklärung gibt.

Tschechisches Koalitions-Chaos.

Der Verständigungsweg der deutschen Sozialdemokraten.

Aus Prag wird uns geschrieben: Am 16. März wurde der Misstrauensantrag der Oppositionsparteien im tschechoslowakischen Abgeordnetenhaus mit 155 gegen 103 Stimmen abgelehnt. Aber die Regierung Tschechien ist schon am darauffolgenden Tage über die Gegenseite innerhalb der Koalition gestürzt.

In der allnationalen Koalition, die allen tschechischen Parteien unentbehrlich erscheint zur Aufrechterhaltung des tschechischen Charakters dieses Nationalitätenstaates, sind seit den Novemberwahlen, die den tschechischen Sozialdemokraten eine so empfindliche Niederlage brachten, die stärker und selbstbewußter gewordenen bürgerlichen Parteien weniger denn je geneigt, auf ihre Klassenforderungen zu verzichten. Die tschechischen Sozialdemokraten vermögen zwar diesen Forderungen ihr „Rein“ entgegenzustellen, können aber die anderen Parteien nicht zum Nachgeben bewegen. Vom Augenblicke der Bildung der zweiten Regierung Sochla an haben diese Gegenseite die Regierungstätigkeit gehemmt, die parlamentarischen Arbeiten gelähmt. Es gibt nichts, worüber die Koalition einig wäre, es sei denn die Einigkeit über die Notwendigkeit, den tschechischen Charakter des Staates zu wahren und zu festigen. — Zur Deckung der Ausgaben für die Erhöhung der Staatsangestelltenbezüge wollen die bürgerlichen Parteien die Steuern und Zölle auf Lebensmittel erhöhen. Dieser Verteuerung können die Sozialdemokraten nicht zustimmen. Die Agrarier verlangen die Einführung fester Zölle auf Getreide und Mehl. Die tschechischen Sozialdemokraten sehen darin eine Kriegserklärung. Die Arbeiter wollen die Erhöhung der Kongrua (des Staatsgebhalts für die Pfarrer) — die Sozialdemokraten müssen die Zuschussung von 60 Millionen Kronen an die Geistlichen ablehnen. Die Sozialdemokraten bestehen darauf, daß die Militärdienstzeit — wie es im Wehrgesetz vorgesehen ist — in diesem Jahre von 18 auf 14 Monate herabgesetzt wird. Die anderen wollen unverminderte Beibehaltung um „die Schlagkraft der Armee des rings um Feinden umgebenen Staates nicht zu schwächen“.

Zwar wurde mit den oppositionellen slowakischen Nationalisten verhandelt, um sie zur Mehrheitbildung mit heranzuziehen, und die Slowaken haben sich dem auch beim Misstrauensantrag der Stimme enthalten — aber die Einbeziehung dieser reaktionärsten aller Parteien würde den ohnehin schon sehr geringen sozialdemokratischen Einfluß nur noch weiter schwächen. Die naheliegendste Lösung aber, das Ausschleiden aus der Koalition und die Verständigung mit den deutschen Sozialdemokraten, die Ersetzung der nationalen Fronten durch die Klassenfronten, erscheint den tschechischen Sozialdemokraten als ganz undiskutabel. Denn daß der Staat ein „tschechischer Nationalstaat“ bleiben muß, ist auch für sie Selbstverständlichkeit. Auch die tschechischen Sozialdemokraten wollen von den Autonomieforderungen ihrer deutschen Genossen nichts wissen.

Das Kabinettsamt Czerny kann die festen Getreidezölle im Verordnungswege einführen, was zwar nicht ganz gefehlich ist, aber die Koalitionsparteien nicht belastet, so daß sie sich nachher doch wieder zur Bildung der allnationalen Koalition zusammensuchen können.

Zur Lösung der nationalen Gegensätze, die durch die Sprachenverordnung neu entzündet wurden, gibt es nur einen Ausweg: die Verständigung zwischen den Nationen, die Gewährung der nationalen Selbstverwaltung. Die deutschen Sozialdemokraten haben just in dem Augenblicke, da die tschechischen Nationalisten über den Entschluß der Sprachenverordnung sich in einen wahren Wackertouren hineingeludelt haben, da die deutschen Nationalisten neue Kraft aus dem Wüten des tschechischen Chauvinismus gewinnen, im Abgeordnetenhaus folgenden Verständigungsantrag eingebracht:

Die Regierung wird aufgefordert, in der Frühjahrsession 1926 einen Antrag einzubringen, durch welchen die nationalen Verhältnisse in der tschechoslowakischen Republik geregelt werden. Hierbei sind folgende Grundzüge zu beachten: 1. Die Verwaltung des Staates ist nach national möglichst einheitlichen Verwaltungsgebieten zu gliedern und innerhalb dieser Gebiete nach den Grundzügen der vollen demokratischen Selbstverwaltung zu ordnen. 2. Die nationalkulturellen Angelegenheiten aller Nationen sind durch jede Nation selbstständig durch autonome Organe zu besorgen. Hierbei sind insbesondere die Grundzüge des Antrages Hlebbrand und Genossen über die nationale Schulautonomie zu verwirklichen. 3. Der verfassungsrechtliche Schutz gegen Entnationalisierung ist durch Erlassung der notwendigen Durchführungsbestimmungen wirksam zu machen.

Ferner wurde beantragt, einen zweihundertdreißigkledrigen Nationalitätenausschuß einzusetzen und diesem den vorliegenden Antrag zur Berichterstattung binnen Monatsfrist zu übergeben.

Genosse Dr. Czerny verwies in seiner Begründungsrede darauf, daß gerade die deutschen Sozialdemokraten die Legitimation zum Kampfe wider den tschechischen Nationalismus haben, weil sie im alten Oesterreich unermüdet gegen den deutschen Chauvinismus gekämpft haben. Er verwies auf die Geschichte des tschechischen Volkes, die erfüllt war von Kämpfen gegen das andersnationale Diktat, und darauf, daß die polnischen Sozialisten in ihrem Lande ihre Mission erkannt haben und für die Rechte der Minderheiten eintreten, und schließlich auf das Beispiel der Sozialdemokraten im Kärntner Landtage, die eine Verständigung mit der kleinen slowenischen Minderheit anstrebten. Nur in der Tschechoslowakei, in diesem Lande mit so starken

nationalen Minderheiten, geschieht nichts! In einbringlichen Worten mahnte er die Tschechen, den Weg zur Verständigung zu beschreiten, der gerade durch die Verschärfung der nationalen Gegensätze dringend notwendig geworden ist.

Diese Rede verleihe auch ihre Wirkung auf die tschechischen Sozialdemokraten nicht. Tschechische Parlamentarier sprachen dem Genossen Czach ihre Anerkennung aus, ein Führer der tschechischen Sozialdemokratie bezeichnete diese Rede geradezu als eine Tat und als Wagnis! Hoffen wir also, daß die tschechische sozialdemokratische Partei doch bald dazu gelangen möge, zum Verständigungsantrage ihrer deutschen Genossen in zustimmendem Sinne Stellung zu nehmen und lassen wir uns diese Hoffnung, die wir gerade auch im Interesse des tschechischen Volkes und seiner Beziehungen zu dem umgebenden und fast kulturell gleichen deutschen Volke hegen, nicht dadurch irre machen, daß die tschechische Parteipresse einseitig noch eine Wandlung zum Besseren nicht erkennen läßt.

Exkronprinzens Leiden.

Was er in Holland anzustehen hatte.

Sofern ihre Tränen habt, bereitet euch, sie jetzt zu vergießen! Die „Hamburger Nachrichten“ lassen sich von Dirl von der Gracht erzählen, was der arme Exkronprinz auf seiner Reise nach Wieringen zu erdulden hatte:

General Dinnen, der Chef des Internierungsdienstes, der für die Internierung des Kronprinzen die Verantwortung trägt, findet kaum Anlaß, den Kronprinzen anders zu behandeln als andere Internierte. . .

Die Reise von Roermond nach Wieringen muß schrecklich gewesen sein. Man fuhr nicht einmal in einem referierten Kupe. Die Reise geht über Amsterdam. Der Presse wird mitgeteilt, wann der Kronprinz dort eintrifft wird, und mit welchem Kupe er weiterfährt. Am Amsterdamer Zentralbahnhof drängen sich niederländische und ausländische Journalisten. Man versucht nach vorn zu kommen, unverschämte wird der Kronprinz angesprochen. Zwei weibliche Journalisten nehmen im Kupe des Kronprinzen Platz: „Guten Morgen, Herr Kronprinz, wie geht es Ihnen? Ist die Reise angenehm gewesen? Sie leben ein bißchen blaß aus; hoffentlich wird Ihnen die Kur hier auf tun.“ Eine kronprinzliche Zigarette befähigt sie etwas. Bald fährt der Zug ab.

Und diesem edlen Duder, der in einem nichtreferierten Abteil fahren mußte, weil soeben ein großer Krieg mit Millionen Toten und Verwundeten verloren gegangen war, will das verrückte deutsche Volk für ausgetretene Seiden nicht einmal ein paar stumpfe Hundert Millionen Mark bewilligen!

Keht Gürlich zurück?

Eine Frage an die preussische Regierung.

Man schreibt uns:

Als der deutschnationale Abgeordnete Schiele das Reichsministerium des Innern übernahm, war es eine seiner ersten Maßnahmen, den Leiter der Kulturstelle in seinem Ministerium, Staatssekretär Heinrich Schulz, kaltzustellen und an dessen Stelle das reaktionärste von allen Mitgliedern der preussischen Unterrichtsverwaltung, Geheimrat Gürlich, an seine Stelle zu setzen. Ihm wurden die Geschicke der Kulturstelle anvertraut! Mit welchem Erfolge er sie betraut hat, zeigt der von ihm ausgearbeitete Reichs-Schulgesetzentwurf. Gewiß war es ein „Referatentwurf“, und ganz gewiß entsprach er auch der Gesinnung seines Verfassers. Aber der Referent und Berater eines Ministers wird niemals einen Entwurf ausarbeiten, der den Absichten seines Chefs schnurstracks zuwiderläuft. Insofern war der „Entwurf Gürlich“ auch zugleich ein „Entwurf Schiele“ und umgekehrt.

Schiele ist aus dem Reichsministerium des Innern geschieden, und auch Gürlich wird die Stätte seiner ruhmreichen Taten am Königsplatz demnächst verlassen und, wie man hört, den Schauplatz seiner Tätigkeit wieder in das Haus Unter den Linden 4, in das preussische Kultusministerium, zurückverlegen.

Wie sind ja nun in bezug auf die Beamtenfrage der Republik, insbesondere aber bei der höheren Beamtenfrage, schließlich allzuhand gewöhnt. Hier aber muß man doch ernstlich fragen, ob Gürlich wirklich, als sei nichts geschehen, wieder seine einflussreiche Stelle im preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, und zwar ausgerechnet in der Verwaltung des Volksschulwesens einnehmen kann, nachdem er durch seinen Schulgesetzentwurf aller Welt deutlich gezeigt hat, welche Stellung er zu all den Fragen einnimmt, die ihm hier täglich zur Bearbeitung und Mitentscheidung vorgelegt werden? Kann das Ministerium Beder und im weiteren Sinne die preussische Staatsregierung ihn wirklich entgegen als Mitarbeiter einer Schulpolitik, wie sie die Republik erfordert? Ein Mann von dem Geiste Gürlich, der an Enge und Weltfremdheit nicht mehr überboten werden kann, kann für die preussische Volksbildung unmöglich Ersprißliches leisten.

Als überzeugter Monarchist und unversöhnlicher Gegner der Republik gehört dieser Gürlich nicht mehr in den Dienst der Republik. Zumindest nicht an eine so einflussreiche Stelle, wie er sie vor der Ueberstellung ins Soziale-Ministerium einnahm. Wenn er nicht die nötige Selbsterkenntnis besitzt, daraus die Folgerungen zu ziehen, werden es die dem Staate verantwortlichen Stellen tun müssen.

Der Postetat.

Voraussichtliche Betriebsergebnisse für 1926.

Seit die Reichspostverwaltung vor zwei Jahren in eine selbständige Gesellschaft unter der Firma: Deutsche Reichspost umgewandelt worden ist, erscheint ihr Etat im Reichshaushalt nur noch mit zwei Posten. In den Ausgaben mit dem Gehalt des Ministers, auf der Einnahmeseite mit dem mutmaßlichen Reinüberschuß, der auf Grund des Reichspostfinanzgesetzes vom 18. März 1924 an die Reichskasse abzuführen ist. Für 1926 sind als Reinüberschuß 20 Millionen Mark veranschlagt. Die Festsetzung aller anderen Etatspositionen ist nicht mehr Sache des Reichstages, sondern des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost.

Die allgemeine Aussprache über die Postverwaltung knüpfte, wie bei allen anderen Etats, an das Gehalt des Ministers an und sie wurde eingeleitet durch eine ausführliche Rede des Ministers Stings, in der er einen Gesamtüberblick über die Verkehrs- und Wirtschaftslage der Reichspost gab. In keinem Jahre bisher habe die Abhängigkeit der Postwirtschaft von der allgemeinen Wirtschaft sich in so starkem Maße gezeigt, wie 1925. Mit der zunehmenden Krise der allgemeinen Wirtschaft habe sich auch die Lage der Reichspost ungünstiger gestaltet. Der Postförderungsdiens auf Eisenbahnen und gewöhnlicher Straßenstraße, soweit wie möglich, verbessert. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Entwicklung des Postkraftwagenverkehrs zugewendet. Gegenwärtig bestehen im Ueberlandverkehr mehr als 1200 Linien. Die Zahl der Kraftomnibusse und der sonstigen Personenwogen beträgt über 2700. Der Flugpostdienst soll weiter ausgebaut werden, besonders der Nachtflugverkehr. Die Zahl der Postsekunden ist von 121 000 im Jahre 1914 auf 857 000 im Jahre 1925 gestiegen, hat sich also verdreifacht. Der Telegraphenverkehr entwickelte sich auch im abgelaufenen Wirtschaftsjahr nur sehr langsam. Eine besondere Rolle spielte hierbei die zunehmende Konkurrenz des Fernsprechers. Zurzeit arbeitet die Telegraphie mit Unterbilanz. Das Fernsprechwesen befindet sich weiter in einer Aufwärtsentwicklung. Der Zugang an Hauptanschlußstellen ist fortwährend sehr stark. Trotz größter Anstrengungen sind zurzeit noch rund 29 000 Anträge auf Einrichtung von Neuananschlußstellen rückständig. Ende Januar belief sich die Gesamtzahl der Sprechstellen auf über 2 1/2 Millionen. Gegen das Vorjahr bedeutet das eine Zunahme um etwa 11 Proz. Das Funkwesen entwickelt sich in rasch aufsteigender Linie. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer hat im Dezember bereits die erste Million überschritten. Es sind zurzeit 19 Sender in Betrieb. Was das Personalwesen betrifft, so waren am 31. Januar 1926 beschäftigt 251 307 Beamte im Hauptamt, sowie 41 829 außerhalb des Beamtenverhältnisses stehende, in dauernd erforderlichen Dienstposten tätige Personen, darunter 31 187 Arbeiter im Telegraphenbetrieb. Ferner waren an dem genannten Stichtag 28 121 Personen als Vertreter für Kranke und Beurlaubte sowie als Aushilfen beschäftigt. Die Finanzlage der Reichspost ist nach Ansicht des Ministers zurzeit eine recht gespannte. Ob es möglich sein wird, das Jahr 1926 ohne Fehlbetrag abzuschließen, erscheint ungewiß. Die Aufstellung des Etats für 1926 erfolgte mit größter Vorsicht und Zurückhaltung. Die Betriebs-

einnahmen sind insgesamt auf 1841,5 Millionen veranschlagt. Die persönlichen Kosten werden in 1926 insgesamt 1080 Millionen, oder 58,7 Proz. der Betriebsausgaben ausmachen. Das Personal des Ministeriums selbst beläuft sich zurzeit auf 545 pfandmäßige Beamte.

Die Haupteinnahmeposten des Etats sind die folgenden: Es wurden vereinnahmt an Gebühren für die Postbeförderung 962 Millionen (88 Millionen mehr als 1925). Aus dem Postschiffverkehr 33 Millionen (9 Millionen weniger als 1925). Aus der Telegraphie 99 Millionen (9 Millionen mehr als 1925). Aus dem Fernsprechwesen 664 Millionen (1,9 Millionen mehr als 1925). Aus dem Funkwesen 38 Millionen (4 Millionen mehr als 1925). Aus vermischten Einnahmen (Veräußerungen, Mieten, Pachten usw.) 26 Millionen (6 Millionen mehr als 1925). Die besonderen Kosten der einzelnen Betriebszweige betragen: bei der Post für den Betrieb 177 Millionen, für Anlagen 30 Millionen, beim Postschiffverkehr für den Betrieb 231 000 Mark, für Anlagen 1 992 000 Mark, bei der Telegraphie für den Betrieb 32 Millionen, für die Anlagen 4 1/2 Millionen, beim Fernsprechwesen für den Betrieb 74 Millionen, für Anlagen 278 1/2 Millionen, beim Funkwesen für den Betrieb 26 1/2 Millionen, für Anlagen 4 Millionen.

Die Aussprache über den Boranschlag und die Angaben des Ministers fand in einer Nachsitzung statt, während die Abstimmungen in der Sitzung vom Sonnabend früh vorgenommen wurden. Mit den 20 Millionen, die die Deutsche Reichspost nach dem Etat aus ihrem Ueberfluß an die Reichskasse abführen wollte, war keine Partei zurückgeblieben. Es lagen Anträge vor, die diese Summe von 20 Millionen auf 100, auf 75 und 70 Millionen erhöhen wollten. Angenommen wurde die Erhöhung um 50 Millionen auf 70 Millionen. Angenommen wurden ferner zwei sozialdemokratische Entschließungen, von denen die eine verlangt, daß bei einer Neuregelung der Fernspreckgebühren eine Befreiung der Fernsprecker zugunsten einer Entlastung der Reichspost vermieden wird. Die andere fordert die Regierung auf, mit der preussischen Regierung in Verhandlungen über die Einführung von Druckaufträgen an die Reichsdruckerei einzutreten. Mit diesen Abstimmungen war zugleich die Beratung des Hauptetats für 1926 rechtzeitig vor Beginn des neuen Etatsjahres abgeschlossen.

Aufruf der französischen Sozialdemokratie.

In Vereinfachung zur Regierungübernahme.

Paris, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Sozialistische Partei Frankreichs veröffentlicht einen Aufruf an ihre Wähler, in dem sie die politische Lage darlegt und insbesondere sich gegenüber dem Vorschlag verteidigt, daß die Sozialisten verantwortlich zu machen seien für die geringen Ergebnisse, die auf politischem Gebiete seit den Wahlen vom 11. Mai 1924 erzielt worden sind. Der Aufruf schildert die politische Entwicklung seit den letzten Wahlen und erklärt, daß die Regierungen, die dem Ministerium Herriot gefolgt sind, sich immer weiter von der Erfüllung des Volkswillens, wie er im Wahlergebnis zum Ausdruck gekommen ist, entfernt haben.

Es wird dann an die Mitarbeit der sozialistischen Kammerfraktion bei der Ausarbeitung der letzten gemeinsamen Finanzvorschlüge des Linkstextes erinnert, deren Durchführung durch den Abfall des rechten Flügels des Kartells bei der Abstimmung unmöglich gemacht worden sei. Alle Versuche, verhindert der Aufruf, eine stabile demokratische Regierung zu bilden, würden, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft, die Unterstufung der Sozialisten finden. Die Sozialistische Partei sei allerdings der Ansicht, daß eine energische Aktion zur Wiederherstellung der Staatsfinanzen und zur Sanierung der Währung unternommen werden müsse. Die Sozialisten erklären schließlich dem Lande, daß sie bereit seien, die Regierungverantwortung zu übernehmen, in der Ueberzeugung, daß eine Regierung, die entschlossen sei, die Spekulation zu bekämpfen, und den Steuerhinterziehungen ein Ende zu bereiten, die Unterstufung der gesamten Nation finden werde.

Die holländische Gesandtschaft beim Vatikan ist durch Kammerbeschluß mit 48 gegen 41 Stimmen aufgehoben worden.

Der Methodistenbischof Bass wurde am Freitag vom Kopenhagener Schwurgericht wegen Betrugs zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt zog nach den Verhandlungen die drei ersten der 9 Anklagepunkte wieder zurück. Gegen die sechs übrigen Punkte der Anklage kann Berufung nur gegen Strafmaß erfolgen.

Kleines Theater.

„Das Grabmal des unbekanntenen Soldaten“ von Paul Raynal.

Der kleine Mann ist Pazifist, auch in Frankreich. Er verspürt und hat vor allem verspürt, wie der Krieg ihm Gesundheit, Liebesglück und Haus zerstört. Aber die Romantik des Mittelalters, die sich noch immer an Kriegsworgangheit und Kriegszukunft erfreut, ist schwerer auszurotten. Opferbereitschaft, aus Instinkt und durch Erziehung gesponnt, jederlei Verbeugung vor überlieferter Heldentum, mag es auch ausgepulvert sein, mag es auch im entscheidenden Augenblick versagen, das ist der gefährliche Gesteszustand des Bürgers, wenn er heute zitternd und erregt überdenkt, wie die Welt eben im Blute schwamm und wie sie sehr bald wieder von dieser mordenden Sintflut bedeckt werden könnte. Es hatten in Frankreich Barbosse, Douce, Maréchal u. a. leicht, den Pazifismus des schlichten Volkes mit ihren Gedichten zu schüren und zu preisen. Russland und Paul Raynal, die den reinen, den todesbereiten Pazifismus im Staatsbürger von Stand und Klasse erwecken und verklären möchten, sind gezwungen, eine keineswegs sehr durchsichtige Seele zu mikroskopieren; denn die pazifistische Gedächtnis- und geräberete Seele ist großartig in ihrem Rute. Sie will in Einklang bringen die glühende Vaterlandsliebe mit der noch heftigeren, ganz unterirdischen Liebe, die an Mann und Weib zehrt.

Paul Raynal dramatisiert: Mann und Weib um 1916. Sie ungeheuer sehnsüchtig danach, daß Er von der Champagne heimkehrt, um sie, seine zwanzigjährige Braut, zum Weibe zu machen. Und als er sich die Stunden des Urlaubs erobert, weil Er sie durch das Hersprechen einer todsicheren, wahrscheinlich seinen Tod besiegelnden Heidenart erkaufte, bricht das Urgefühl zwischen Mann und Frau durch. Es zeigt sich, daß die Geduld der Sinne und Seelen nicht zum äußersten überspannt werden darf. Schon scheint es, als wenn das Schicksal die Liebenden so weit auseinanderreißen will, daß sie nicht mehr zueinander finden werden. Und das Schicksal ist der Krieg, der allmächtige Krieg, der stärker ist als jedes andere Schicksal. Der Froll kempft sich. Der Vater des jungen Soldaten posant Tiraden auf die Kriegsherrlichkeit. Beinahe scheint es, als wenn allein recht behalten, die vom Krieg nur gestreiften Heimkrieger, die es wagen, die hilflosen Jünglinge in den Tod zu hegen. Doch der Mann, der mitten in der Todesgefahr gestanden hat, darf dieses Heimkriegerheldentum untergraben. Der vergreife Mann und die junge unerfahrene Frau werden durch den wirklichen Helden zum Pazifismus bekehrt.

Paul Raynal, der französische Dichter, begnügte sich nicht mit dieser letzten pazifischen Wendung. Der Friedensfreund hat nichts von seiner Opferbereitschaft eingebüßt. Er zieht wieder in die Schlacht, wenn er sein Befreiungswort vollendet hat. Und er kämpft, und er stirbt vielleicht. Er ist ein unbekannter Soldat unter den Millionen, die Friedensfreunde waren und trotzdem ihr Leben für den Krieg hergaben. Was man vor zwei Jahren in Paris dieses pazifistische Schauspiel, das Hedwiga u. Gerlach mit Andacht vor dem unpathetischen französischen Wort verdeutschte, in der Comédie Française aufführte, witterten die Pariser zunächst eine Aufforderung zum unbedingten Pazifismus. Man wart dem Dichter vor, er wolle Frankreich moralisch entwaften. Man hörte nicht die große patriotische Willenskraft zum Einsatz der eigenen Persönlich-

keit. Allmählich erst wurden die Feinde dieses gemäßigten Pazifistendramas an den richtigen Sinn herangeführt. Dann lagte man allerdings, daß These und Tendenz des Dramas viel Gewinnendes und sogar Trostreiches enthielten.

Gott sei Dank, heute sind wir schon etwas abgekühlt, in Frankreich nicht minder als in Deutschland. Mit Behmut betrachten wir alle Gräber, unter denen die unbekanntenen Soldaten schlummern. Die Väter und die Mütter, die Gattinnen und die Bräute, die die toten Männer beweinen, haben die Tränen getrocknet. Alle wollen vergessen. Sie wollen zum mindesten nicht ihre innige Trauer nur auf Lippen und Kleidern herumtragen. Wir sehen in diesem Pazifistendrama des Franzosen ein Manifest der schönsten Menschlichkeit.

Wir hätten gern gesehen, daß die beiden sprechenden Menschen dieser bewegten Zweisprache zwischen Mann und Frau, daß Günther Hadant und Sibille Binder mehr aus dem Inneren geschöpft hätten. Man hätte den Eindruck, daß die Gefühlsfähigkeit nicht ausreicht, wenn ein Drama der sehr bedeutenden Innerlichkeit abgehandelt wird.

Max Hochdorf.

Ein lustiger Abend für Anbruchstote. Im Schiller-Theater feierte die Post mit Gesang „Kriegs-Patrie“ von Wilken, Justinus und Michaelis, die vor fast einem halben Jahrhundert das Licht der Rampe erblickt hat, eine fröhliche Auserkennung. Der alte Postenstift, nach dieser Zeit nach allen Richtungen umhergewälzt und von geschickten Theatermachern ausgemergelt, ist, man sollte es nicht für möglich halten, heute immer noch nicht tot. Der Stoff nämlich: der fähne Seitensprung gebaueter Prootnzler in den Strudel der Großstadt, die große Sehnsucht des Pantoffelhelden nach der Verführung. Natürlich geht auch in „Kriegs-Patrie“ der sein eingefädelte Schwindelplan der Großstadtlusternen schief. Sie werden verpfiffen, aber alles wendet sich zum Guten, und zum Schluß ist man so weit wie vorher: die Frauen halten ihre Männer fest am Gängelband, und es bleibt in ihnen die Sucht, sich feste anzulegen, das große Sehnen nach dem Laster. — Die alte Post ist von dem Liederdichter Arthur Rebner und dem Musikanten Hugo Hirsch so geschickt bearbeitet, daß man nicht weiß, was zum alten Bestand gehört und was neu ist. Damit hat der Regisseur Emil Rameau das Kunststück fertiggebracht, aktuelle Späße zu verzapfen und damit das gemüllte Volkstheater der Alt-Berliner Bühne aufzufrischen. Die Hauptrollen des Abends sind der Bäder-Kuz des Jakob Liedtke und der Stadtkämmerer Veyon des Leopold von Ledebour. Von Ledebour, ein leichtsinziger, draufgängerischer Scherensänger, dem das Tanzbein lecker in der Hofe hängt, Liedtke der griesgrämige vernünftige Typ eines Pantoffelhelden, der überall eine große Lippe riskiert, wo seine Frau nicht dabei ist. Eine Spielerunterhaltung der beiden, in der von Ledebour dem Liedtke eine komplizierte Geschichte verzeiwelt auseinandersetzen will, was an der Halsstarrigkeit Liedtkes flüchtig scheitert, ist zum Schreiben komisch. Die berühmte Hofenrolle des Sekundaner Philade hat in Maria Paudler eine herzerfrischende Vertreterin gefunden. Knackfrisch und immer lustig springt sie über die Bühne, eine Dual für ihren Partner Liedtke, der in grimmigem Schweiß seine Tanznummern ein- und zweimal mit ihr wiederholen muß. Mathilde Sussin, Lucie Engelke, Elvira Bach, Ernst Reppler und Otto Mannfeldt hatten ebenfalls Anteil an dem überaus herzlichen Beifall, den das

beglückte Publikum spendete. — So liebepoll die Post vorbereitet ist, erhebt sich doch die bange Frage, wie lange die Staatstheater noch Stücke ohne künstlerische Bedeutung einstudieren wollen. Von dem Genre „Alt-Berliner Pöbel“, „Im weißen Röhl“, „Charlotten-Lante“ haben wir nun eigentlich genug gesehen. Die Staatstheater haben (im Vertrauen gesagt) eine kulturelle Aufgabe, gewissermaßen, Dgt.

Vernelung des Theaters. Zur selben Stunde, in der die Schauspielerelegationen bei der Tagung der Bühnengemeinschaft um ihre Lebensmöglichkeit kämpfen, bestritt im Schubert-Institut zur Berlin dem Theater überhaupt sein Recht auf Dasein. Die Ausführungen des Redners konnten in ihrer Konsequenz jeden bestechen, der überhast, daß sie auf einer falschen Voraussetzung beruhen: „das Theater“ — und so allgemein sprach E. immer — ist ein Begriff, dem es in der Praxis nicht gibt. Das moderne Theater, der moderne Regisseur ist vom Worte und vom rein Poetischen nicht in so starkem Maße abhängig, wie E. es mit dem Fanatismus eines Don Quixotte wahr haben wollte. E. tritt für die dramatische Dichtung in Buchform ein und behauptet, daß jede Aufführung gleichsam eine Sünde wider den Geist wäre. Darauf ist zu antworten, daß ein Drama fast stets für die Bühne geschrieben wird; wenn es sich dort nicht zu halten vermag, dann muß das doch nicht notwendig gegen das Theater sprechen. Es soll auch schlechte Stücke geben. So ist bei E. auch die Leistung des Schauspielers selbst etwas Sekundäres, das nicht in die Tiefen der Psychologie dringt. Auch hier scheint mir das Kind mit dem Bade ausgeschüttet zu sein: mag der Durchschnitt nur „darstellen“, der große Darsteller verkörpert, lebt, lebt mit und — reißt mit. Über gerade die Mitlebensfähigkeit der Massen und die Freude der Massen am Spiel ist E. verächtlich; Kunst ist nach seiner Ansicht nur das Museumstille, das Feiertagsfest, das „im stillen Kämmerlein“ zu genießende. Theater aber sei nicht Kunst und nicht Realität, sondern nur entstelltes Leben und eine Befriedigung allen ästhetischen und natürlich-religiösen Gefühls. Das ist eine Formulierung, die als Meinung eines klugen, unsinnlichen Philosophen interessant ist, die aber der Sinnlichkeit des Theaters und des Publikums in keiner Weise gerecht wird. Aufgabe ist es vielmehr in dieser Krisenzeit des Theaters, das einmal von einem Dichter aufgeschriebene nicht wie früher „aufgeschriebene“ zu spielen, sondern lebensecht im Sinne heutiger, unfeierlicher Lebensauffassung.

ergo.

Gesellschaftungen der Woche. Konf. Staatsoper: „Hengst“ — Dienst. Deutsches Th. Nord. S. Ballala. Th. „Räuberin Gensberg“. Müllw. Städt. Oper: „Joh. Jan. Witt.“ — Freit. Staats-Theater: „Herodes und Mariamne.“ — Mont. Th. am Schiller-Theater: „Koboldreich“ in den Riesen.

Arbeits-Vorläge. Mont. (5). Dienst. Müllw. (5, 7). Die Schweiß- das Paradies Europas. — Mont. (5, 9). Dienst. Müllw. Donnerst. (9). Freit. Sonnab. Sonn. (7). Der Bilderer. — Mont. (7). Dienst. (5, 7). Müllw. (5). Donnerst. (5, 7). Freit. (5, 9). Das Baumgärtchen. — Sonnab. Sonn. (5, 9). Hans Schomberg! leicht persönlich aber seinen Mitbewerber. — Müllw. (7). Die Geheimnisse der Tierwelt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Beschlüsse der Arbeitszeitkonferenz.

London, 20. März. Das Arbeitsministerium veröffentlicht die Beschlüsse der internationalen Arbeitszeitkonferenz über die Auslegung des Washingtoner Abkommens. Danach soll sich Artikel I der Washingtoner Konvention über die

48-Stunden-Woche auf alle industriellen Unternehmungen

beziehen, ganz gleich, wieviel Personen in dem Unternehmen beschäftigt sind. Ausgenommen sind nur diejenigen Betriebe, in denen nur Mitglieder derselben Familie arbeiten. Der eigentliche Post-, Telegraphen- und Telephondienst soll den Bestimmungen des Abkommens nicht unterliegen, dagegen die Instandhaltungs- und Ausbesserungsarbeiten.

Zu Artikel II ist beschlossen worden, daß die Arbeitsstunden die Zeit umfassen, während deren die Beschäftigten zur Verfügung des Arbeitgebers stehen. In die Arbeitsstunden nicht eingeschlossen sind die Ruhepausen, während deren die Beschäftigten nicht zur Verfügung des Arbeitgebers stehen. Zu Artikel V des Abkommens wurde vereinbart, daß die Bestimmungen dieses Artikels auch auf das Baugewerbe Anwendung finden können.

Zu Artikel VI wurde bestimmt, daß der Begriff „im wesentlichen zeitweilige Arbeit“ sich nur auf Pförtner, Wächter, Fabrikfeuerwehrende und andere Arbeiter bezieht, die mit der eigentlichen Produktion nichts zu tun haben, und deren eigentliche Arbeit durch lange Pausen unterbrochen wird, während deren sie wieder eine körperliche Tätigkeit noch eine ständige Aufmerksamkeit aufzubringen haben.

Zu Artikel VII wurde vereinbart, daß

die Höchstgrenze der Ueberstundenzahl

durch die nationale Gesetzgebung bestimmt werden soll. Bezüglich der Entlohnung der Ueberstunden wurde beschlossen, daß die in Artikel VI vorgesehene Mindestzuschlagrate von 25 Prozent obligatorisch ist.

Die 48 Arbeitsstunden in jeder Woche auf 5 Tage zu verteilen oder in zwei Wochen auf elf Tage ist statthaft. Bezüglich der Eisenbahnbetriebe wurde beschlossen, daß diese dem Abkommen unterliegen. Falls die Bestimmungen der Artikel V und VIa den Bedürfnissen der Eisenbahn nicht entsprechen sollten, so ist eine notwendige Ueberstundenzahl erlaubt.

In den Fällen, in denen es die Gesetzgebung des Staates gestattet, daß über die 48-Stunden-Woche hinaus gearbeitet wird, um die Zeit nachzuholen, die durch Urlaub verloren gegangen ist, sollen derartige Arbeitsstunden in die Höchstzahl der Ueberstunden eingeschlossen werden, die in Artikel VI festgelegt ist.

Zu Artikel XIV wurde beschlossen, daß jede Regierung verpflichtet ist, den Artikel zur Durchführung des Abkommens in ihre Gesetzgebung aufzunehmen. Ferner ist vereinbart worden, — von Großbritannien unter Vorbehalt — daß die Bestimmungen des Artikels XIV, die die Aufhebung der 48-Stunden-Woche regeln,

nur im Falle einer Krise

anzuwenden ist, die die nationale Wirtschaft derart in Mitleidenschaft zieht, daß die Existenz des ganzen Volkes bedroht, nicht aber bei Krisen, die lediglich einzelne Zweige der Industrie gefährden.

Zum Schluß wird erklärt, daß der deutsche, der englische und der französische Text in gleicher Weise maßgebend sein sollen. Die Beschlüsse der Konferenz sollen sowohl den Regierungen der vertretenen Länder als auch dem Internationalen Arbeitsamt unterbreitet werden.

Unternehmerbüffel.

Die durch und durch arbeitnehmerfeindliche „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ hat die Entdeckung gemacht, daß die freien Gewerkschaften in Deutschland, soweit sie keinen Zutritt von Kommunisten erhalten, dank ihrer Ziellosigkeit ständig an Einfluß verlieren.

Wie hier der Wunsch der Vater des Gedankens, so auch bei der folgenden gleichwertigen Entdeckung, eine nationale Gewerkschaft deutscher Eisenbahner scheint immer mehr an Boden zu gewinnen. Der in Nr. 60 des genannten Scharfmacherblattes vom 12. März an erster Stelle erschienene Artikel mit diesen Entdeckungen ist wahrscheinlich auf die Absicht zurückzuführen, ähnlich wie früher in den Siemens-Betrieben eine Selbstbewegung hochzupöppeln. Die Art der Lohnpolitik, wie sie von der Reichsbahn-Gesellschaft unter industrieller Direktion betrieben wird, führt notwendigerweise zum Verfall aller möglichen Gegenmittel gegen die unaussprechliche Wirkung einer arbeitnehmerfeindlichen Politik, in erster Linie zu Korruptionen innerhalb der Arbeiterenschaft. Die gelben „Gewerkschafts“-Gründungen sind des Wert der Unternehmer, und es ist deshalb ganz in der Ordnung, daß sie in der Unternehmerpresse des Formats der „Bergwerks-Zeitung“ gelobt werden. Besonders wird das Programm dieser sogenannten Gewerkschaft gelobt, das in irgendeinem Unternehmerbureau aufgestellt worden ist. Nationalistisches Ohnmachtsgestammel, dabei keine Silbe von Arbeiterforderungen.

Dafür werden die Leute, die für diese Gründung ihren Namen gegen entsprechende Zuwendungen hergegeben haben, von dem Scharfmacherblatt als Arbeiterführer gefeiert, die es endlich offen aussprechen:

„Unsere Unternehmer sind nicht die Ausbeuter, sie sind nicht die Lohnrücker, sondern sie sind nur vom Auslande gezwungen, die Büffel der fremden Gläubiger.“

Das Blatt berührt dann den Reichsbahndirektor, den es freilich nicht in der skandalösen Lohnpolitik der Reichsbahn-Gesellschaft erblickt, sondern in der Dames-Berpflichtung der Reichsbahn. Die Internationalisierung der Reichsbahn ist genau so verdammenswert, wie die Internationalisierung der Posttaub gegenwärtig in die Köpfe der gänglich verwirrten deutschen Arbeiter einzuhämmern versucht.

Als Hugo Stinnes die „Privatisierung“ der Reichsbahn forderte, als die Deutschen Nationalen mit für ihre „Internationalisierung“ stimmten, hat das Scharfmacherblatt mit seinem Verdammungsurteil zurückgehalten. Es hat während des Krieges aber auch die wahnwichtigen Anzeigenspläne der Schwerindustrie mit vertreten, die zur Kriegsvorbereitung und zum Kriegszusammenbruch mit all seinen Folgen geführt haben. Doch die Büffel der Unternehmer müssen eben jeweils so schreiben, wie es ihren Zutraggebern in den Kram paßt. Eine Arbeitervereinigung, die von dieser Seite gelobt wird, ist dazu da, dem Unternehmertum Bütteldienste zu leisten.

Märzfeier der Handelshilfsarbeiter.

Die Sektion I des Deutschen Verkehrsverbundes, die die Hilfsarbeiter des Handels und der Industrie umfaßt, veranstaltete am 18. März im Saalbau Friedrichshagen eine Gedenkfeier für die Opfer der 48er Märzkämpfe, verbunden mit einem Ehrenabend für die Verbandsjubilare. Der Deutsche Verkehrsverband hat unter seinen über 50 000 Mitgliedern in Berlin an 1000 Mitglieder, die auf eine 25- und mehrjährige gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit zurückblicken können. Davon entfallen allein auf die Sektionen I und VI (Post und Telegraphie) 350 Jubilare. Der Saal war der Bedeutung des Tages entsprechend geschmückt und wies als ältestes Wahrzeichen des Verbandes das Banner des 1886 gegründeten Unterstützungsbundes der Berliner Hausdiener auf.

Während der erste Teil der musikalischen und der von Alfred Beierle bestrittenen rezitatrischen Darbietungen dem Gedenken des 18. März 1848 gewidmet war, galt der zweite Teil den Jubilaren. An Stelle des erkrankten Bundesvorsitzenden Oswald Schumann gab der frühere Berliner Bevollmächtigte August Werner einen kurzen Rückblick über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und erinnerte an all die Schikanen der Behörden und Regierungen, die darauf hinarbeiteten, den Zusammenschluß der Arbeiter in präkühlen und gewerkschaftlichen Organisationen zu verhindern. Das Bismarcksche Schandgesetz habe die Arbeiterbewegung nicht nur nicht aufhalten können, sondern sie wider Willen gefördert. Bergewandigt man sich heute, was in den vergangenen Jahrzehnten in kultureller Beziehung wie an Verbesserung der Arbeitsverhältnisse erreicht worden ist, kann man auf die Erfolge stolz sein. Man brauche nur an die Einführung des Achtstundentages und später des Siebenstundentages und der Sonntagruhe zu erinnern. Mögen sich die Jungen an der jähren Arbeit derer, die heute auf eine 25- bis 40jährige Gewerkschaftszugehörigkeit zurückblicken, ein Beispiel nehmen und zur Erreichung des bestmöglichen Zieles auch ihr Teil beitragen. Genosse Werner schloß seine Rede mit dem Bekenntnis zum Willen:

„Ich will!“ Das Wort ist mächtig,
Spricht's einer ernst und still,
Die Sterne reißt's vom Himmel,
Das kleine Wort: „Ich will!“

„Arbeitsverweigerung.“

Eine Nagelkomödie im Hotel Adlon.

Der Generaldirektor des Hotels Adlon wollte in seinem Zimmer ein Bild aufhängen. Dazu mußte ein Nagel in die Wand geschlagen werden. Der Generaldirektor beauftragte den Empfangschef, den Nagel von irgend einem dienstbaren Knecht des Hotels einschlagen zu lassen. Natürlich sofort. Der Empfangschef trat in der Halle einen im Hotel angestellten Elektriker und forderte ihn auf, den Nagel einzuschlagen. Der Elektriker aber war gerade mit einer sehr wichtigen Arbeit beschäftigt. Er hatte die elektrisch betriebenen Uhren zu regulieren, denn sie gingen alle falsch und die Gäste und Angestellten des Hotels mußten doch wissen, was die Glocke geschlagen hat. Diesen Auftrag hatte der Elektriker von seinem nächsten Vorgesetzten, dem Maschinenmeister erhalten, der für die Verteilung der Arbeiten zuständig ist. Daß der Empfangschef im Auftrage des Generaldirektors handelte und deshalb den vorgeschriebenen Instanzenweg überspringen durfte, konnte der Arbeiter natürlich nicht wissen. Uebrigens war er gar nicht in der Lage, den Auftrag des Empfangschefes auszuführen, denn er hatte seinen Nagel und er hätte auch in seiner Werkstatt keinen gefunden, denn bei elektrischen Arbeiten werden keine Nägel gebraucht. Als der Elektriker dies dem Empfangschef mitteilte, meinte dieser, im Hotel Adlon werde doch wohl ein Nagel zu finden sein. Der Elektriker begab sich auf die Suche. Das von ihm angehaltene Zentralführerwerk blieb stehen, im Hotel Adlon konnte die Zeit nicht fortstreifen, weil im Zimmer des Generaldirektors ein Nagel gebraucht wurde. Der Elektriker ging nach der Tischlerwerkstatt des Hauses, um dort einen Nagel zu holen. Aber die Werkstatt war geschlossen. Die Tischler waren irgendwo im Hause beschäftigt. Der Elektriker ging unverrichteter Sache nach der Empfangshalle zurück.

Inzwischen war der Empfangschef einem Tischler begegnet. Der hatte Nagel in der Tasche und führte den Auftrag beim Generaldirektor aus. Damit hätte nun die ganze Angelegenheit erledigt sein können. Aber für den Empfangschef war sie es nicht. Er sah in dem Verhalten des Elektrikers eine Disziplinwidrigkeit (!), und hielt es für notwendig, ein Exempel zu statuieren. Als der Elektriker nach Beendigung seiner Arbeit zum Maschinenmeister zurückkehrte, erhielt er auf Veranlassung von „oben“ seine sofortige Entlassung wegen Arbeitsverweigerung!

Der Entlassene klagte beim Gewerbegericht. Die Nagelkomödie wurde eingehend erörtert. Die Verhandlung endete mit einem Vergleich, wonach dem Entlassenen eine Entschädigung von 150 Mk. zu zahlen ist. — Der Vorsitzende, der den Vergleichsvorschlag machte, erklärte mit Entschiedenheit, eine geringere Entschädigungssumme könne das Gericht unter keinen Umständen billigen.

Daraus ist zu schließen, daß das Gericht die Entlassung des Klägers für ungerechtfertigt hält und daß die Leitung des

Hotels Adlon, wenn sie den Vergleich nicht angenommen hätte, verurteilt worden wäre. Und das mit Recht. Was geschieht nun aber mit dem etwas grobenwahrigen Empfangschef?

Feierlichkeiten auf der Friedrich-Alfred-Hütte.

Rheinhausen, 20. März. (Rhb.) Die Arbeitsmarktlage auf der Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen hat sich weiterhin so verschlechtert, daß neuerdings wieder Feierlichkeiten eingelegt werden müssen. Sämtliche Betriebe werden von Samstag morgens 6 Uhr bis Dienstag morgens 6 Uhr stillgelegt.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Aus der Partei.

Eine verpuffte Aktion. Am Mittwoch fand in Gotha die in Thüringen mit Spannung erwartete Verhandlung gegen den Eichenauer Stadtpfarrer Genossen Fuchs statt, der wegen Beleidigung der Eichenauer Richter angeklagt war. Fuchs hatte am 4. August 1925 in der Eichenauer „Volkszeitung“ anlässlich der Wiederkehr des Tages des Kriegsbeginns einen Aufsatz geschrieben, in dem er zur Bekämpfung der erregten politischen Leidenschaften ermahnend. In diesem Aufsatz wurden auch die Justizverhältnisse gekennzeichnet und von einer „Rechtsprechung politischer Heimtücke“ gesprochen. Wegen dieses Artikels, sagte seinerzeit eine Hege gegen Fuchs ein mit dem Ziel auf Entfernung von seinem Pfarramt. Der Landeskirchenrat erteilte Fuchs aber nur eine persönliche Rüge. Nun klagte der Eichenauer Landgerichtspräsident Kühn namens der Eichenauer Richter wegen Beleidigung. Zeugen waren zur Verhandlung nicht geladen. Genosse Fuchs betonte bei seiner Vernehmung, daß er bei seiner Kritik einige große politische Prozesse im Auge gehabt, nicht aber an Eichenauer Richter gedacht habe. Der Staatsanwalt, der anknüpfend die Sache verloren gab, beantragte nur 50 Mk. Geldstrafe. Das Gericht erkannte jedoch auf Einstellung des Verfahrens und Abwälzung der Kosten auf die Staatskasse, da in Offenach keine politischen Prozesse anhängig gewesen seien und Eichenauer Richter folglich gar nicht beleidigt sein konnten.

Auffieg der Parteipresse. In einer Generalversammlung der Genossenschaftsdruckerei in Jena konnte von einer bedeutenden Steigerung der Abonnentenzahl des „Volksboten“ berichtet werden. Auch in finanzieller Beziehung steht das Unternehmen gut da. Ein Vermögenswert können rund 250 000 Mk. gebucht werden. Eine letzte Hypothek auf das Grundstück von 20 000 Mk. konnte Anfang März gelöst werden, so daß die Genossenschaft nunmehr über ein schuldenfreies Unternehmen von über einer Viertelmillion verfügt; der Reingewinn betrug im letzten Jahre über 52 000 Mk. Dieses Unternehmen ist geschaffen worden durch zähe und unermüdete Arbeit, Gleichsam aus dem Nichts; denn nur wenige Genossen haben durch ihre geringen Beiträge den Grundstock geschaffen. — Der bisherige Geschäftsführer, Genosse Leopold, der das 68. Lebensjahr erreicht hat, scheidet zum 1. Juni aus Gesundheitsrücksichten aus seiner Stellung aus.

Ausländische Parteitage. Um die Osterzeit finden eine Reihe von Parteitage der der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angehörenden Parteien statt. Am 27. und 28. März tagt in Riga der 11. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei. Am 3. und 6. April findet der ordentliche Jahresparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Niederlande in Rotterdam statt. — Zur selben Zeit wird der Jahresparteitag der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands abgehalten. Die polnische Sozialistische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei hält am 18. April in Prag ihren Parteitag ab.

Alfred Engel gestorben. Aus Wien kommt die erschütternde Nachricht vom Tode des Mitbegründers der österreichischen Handlungsgeschäftsorganisation und jahrzehntelangen Redakteurs der „Arbeiter-Zeitung“, unseres nur 52 Jahre alt gewordenen Genossen und Kollegen Alfred Engel. Darüber hinaus, nach einer Gallenoperation, hat seinen arbeitsreichen Leben ein Ende gesetzt. Er stammte aus dem ärmsten jüdischen Kleinbürgertum, die schrecklichen Hungerjahre seiner Jugend hatten ihn auch für sein späteres Leben weniger widerstandsfähig gemacht. Und trotzdem kam er keine Ruhe und seine ungeheure Arbeitsleistung paßte sich zeitweilig mit einer kaum glaublichen Bedürfnislosigkeit. Sein journalistisches Spezialgebiet war der Gerichtssaal. Vom einfachen Berichterstatter entwickelte er sich zu einem gründlichen Rechtskenner, und sowohl als Justizkritiker wie als Rechtsberater der vielen, die in der Redaktion Rat suchten, hat er überaus Nützliches geleistet. Wenn solch schändliche Klagenurteile, wie sie reichsdeutsche Gerichte zuwege gebracht haben, schon im Vorkriegs- und gar im neuen Deutschösterreich lange nicht in solcher Massenhaftigkeit und schrankenlosen Rachewut zu verzeichnen sind, so ist das wahrlich nicht zuletzt der Wachsamkeit und Schärfe unseres Wiener Bruderblattes zu danken und darin wieder zu nicht geringem Teil unserem nun verstorbenen Alfred Engel.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Fritz Seltrass; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Göttern; Kultur: Dr. John Schlawatz; Polizei und Konflikte: Fritz Kersch; Wissenschaft: Th. Glaser; Schriftlich in Berlin: Berlin: Fortwärts-Berlin G. m. b. H.; Berlin: Fortwärts-Verlag; Berlin: Fortwärts-Verlag; Berlin: Fortwärts-Verlag.

AUTO-FAHRSCHULE

Vertrauensschule des Mitteleuropäischen Motorwagen-Vereins.

KRAFTVERKEHR MARKEN

Kolonnenstraße 53 Berlin-Schöneberg Telefon: Stephan 957-958

Eintritt täglich

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N 24, Eisässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher: Nord 65 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Platzburg 963
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Köpenick 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfangs
zu kulantem Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Juhosens
Kaffee
Tee
Von erlesener Güte

URANIA
mit Beiblättern
„Der Leib“
„Soziales Wandern“
und Liebesgaben.
Genosse, lies!
Zu beziehen durch die Annahmestellen
und die Botenstellen des „Vorwärts“

Städtische Bauwerksschule Berlin
W 33, Kurfürstenstr. 141
Abteilungen für Hoch- und Tiefbau usw.
Semesterbeginn: Mittwoch, 7. April 1926
Anmeldungen: Täglich v. 8 bis 4 Uhr
im Bureau — Teleph. Magistrat 39

Graue Haare
besitzt unser farbiger
Haarfarbmittel „Youpla“
Youpla
Fl. M. 4.—
Nur eine Flüssigkeit.
Frei von allen schädlichen Bestandteilen
Lästige Gesichtshaare
entfernt unschädlich
unser Haarentferner
Mirol
Fl. 2.—
Berlin W.
Kopp & Joseph, Potsdamer Str. 122.

John Nickerson & Co.
Gegründet 1906 Emissions-Bank Gegründet 1906
61 Broadway New York
U. S. A.
Telegramm-Adresse: Jenike.